

Pränumerations-Preise:
 Für Arab:
 Ganzjährig 14 fl. — kr.
 Halbjährig 7 „ 50
 Vierteljährig 3 „ 50
 Mit Postversendung:
 Ganzjährig 16 fl.
 Halbjährig 8 „
 Vierteljährig 4 „

Uradrader Zeitung.

Insertions-Preise:
 Die 5-spaltige Petitzeile oder deren Raum wird das erste Mal mit 6 kr. und bei jeder folgenden Einrückung mit 4 kr. berechnet.
 Stempelgebühr für jedesmalige Insertion 30 kr. ö. W.

Erscheint täglich,
 mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Feiertagen.
 Manuscripte werden nicht zurückersattet.

Redactions- und Administrations-Bureau:
 Hauptgasse Nr. 2, im A. B. Steinkircher'schen Hause,
 2. Stock.

Aufträge für Inserate

übernehmen auswärts die Herren Haasenstein & Vogler in Wien, (Neuer Markt 11), Hamburg, Berlin, Leipzig, Frankfurt a. M., Bielefeld, die Jäger'sche Buchhandlung in Frankfurt a. M.; A. Schulz & Comp. in Leipzig, A. Oppel in Wien und Rudolf Mosse in Berlin, Breslau, Danzig, München, Nürnberg, Frankfurt a. M., Wien, Prag, Strassburg, Zürich.

Politische Uebersicht.

Uradr., 14. März.

Ein ungarischer Staatsmann — so meldet der „Pester Lloyd“ — dessen patriotische Gesinnung von allen Parteien längst anerkannt ist, sendet uns aus Wien folgende Zeilen:

Wien, 12. März. Der von der äußersten Linken (nur von dieser? D. Red. d. „P. U.“) in Scene gesetzte Strife gegen den vom ungarischen Abgeordnetenhaus gefassten Beschluß in Betreff der vorzunehmenden speciellen Berathung der Wahlnovelle, wurde von der hiesigen feudul-ultramontanen Partei mit großem Wohlgefallen aufgenommen, da sie darin nur die Nachahmung des Beispiels erblickt, welches die Czechen im österreichischen Abgeordnetenhaus gaben, um — wie diese Herren behaupten — die „Tyrannei“ der parlamentarischen Majorität zu brechen. Beide Gesellschaften die linke und die czechische, geben dem erlauchten Europa den Maßstab der Beurtheilung über parlamentarische Verfassungen und über die Grundzüge des einschlägigen Verfahrens, geben sie mit einem Selbstbündel, einem Cynismus, dessen Abgeordnete in einem geregelten Parlamente sich noch nie schuldig gemacht haben und weihen Erinnerungen an das einstige polnische Parlament. Unsere hiesigen Feinde der parlamentarischen Verfassungen wollen durch diese Erscheinungen die Lehre erhärten, daß, nachdem selbst Ungarn trotz seiner constitutionellen Bergangenheit für die Durchführung eines parlamentarischen Regimes nicht reif ist, daß letztere in ganz Oesterreich einzuführen ein toller Streich wäre, der sich bitter rächen müßte, wenn die Krone nicht ihr früheres Uebergewicht geltend zu machen und die Landtage nur als beratende nicht aber als legislative Versammlungen zu constituiren sich beeilen würde. Es ist wohl eine sonderbare Zumuthung an vernünftige Bürger, daß sie die Vorzüge der parlamentarischen Staatsverfassung deshalb missachten sollen, weil mit den Rechten derselben Mißbrauch geübt wird, aber es kann nicht geleugnet werden, daß auch diejenigen, die mit großen Hoffnungen für die Entwicklung des parlamentarischen Lebens in Oesterreich, ihre Blicke auf Ungarns parlamentarische Stärke richten, über die tragisch-komischen, ja abentheuerlichen Scenen im Pester Parlamente von manden Besorgnissen erfüllt sind. Merkwürdig bleibt es jedenfalls, daß alle czechischen Declaranten zwischen ihrem und dem Verfahren der ungarischen Linken eine Wahlverwandtschaft erklären und ganz offen bekennen, daß solche Scenen die Feindalen endlich zum Siege führen müssen. Nun, wir unfererseits wollen hoffen, daß die Deakpartei, unterstützt durch die Energie des Ministeriums, diese Besorgnisse bald verschrecken und thatsächlich beweisen dürfte, daß die zügellose Lizenz einer rückwärtsgeleiteten Auslegung der Geschäftsordnung die parlamentarische Majorität nicht brachlegen könne.

Inzwischen dauert der ständische Spectakel im Unterhause fort. Es ist natürlich, daß die Pester Journale mit dieser nationalen Schmach sich befassen.

In Sparta — sagt „Naplo“ — hatte man kein Geheiß gegen den Eternmord, weil man an die Möglichkeit eines solchen Verbrechens nicht glaubte. Unsere Hausordnung hat keine Bestimmungen gegen den Mißbrauch der Freiheit, weil man Vorgänge, wie die gegenwärtigen, in ungarischen Parlamente für unmöglich hielt. Die Majorität konnte bei Feststellung der Hausordnung nicht voraussetzen, daß die Opposition zu solchen Mitteln greifen werde, welche selbst Ohyzy mißbilligt. Die Majorität habe sich in dieser Voraussetzung geirrt und der Irrthum räche sich nun empfindlich, wie jeder Irrthum. Freilich habe man aber zu jener Zeit nicht daran denken können, daß selbst die gemäßigtesten Elemente der Opposition sich zu solchem Frevel gegen den Parlamentarismus versteigen werden. Indes sei nun die Deakpartei um eine Erfahrung reicher, die jedenfalls moralischen Nutzen für sie haben werde.

Auf den gestrigen Appell Sokai's an den König bemerkt die „Reform“: Sokai macht sich daran, alle Begriffe von Parlamentarismus auf den Kopf zu stellen. Seitdem das linke Centrum unter der Regide Kossuth's Landeseonferenzen hält und die Landesväter es für ihre patriotische Pflicht erachten, sich für 5 fl. Diäten, wie Esiky jagt, den „frühzeitigen Tod“ an den Hals zu reden, seitdem wissen wir wahrhaftig nicht, was wir für ernst und was wir für Scherz halten sollen. Bisher hat man den Parlamentarismus in der Weise verstanden, daß die Regierung Sr. Majestät verpflichtet ist, das Land nach den Principien der Parlamentarismajorität zu regieren. Heute fordert Sokai den König auf, das Ministerium zu entlassen und Tisza zum Ministerpräsidenten zu ernennen. Entweder haben wir nun keinen Begriff vom Absolutis-

mus oder Sokai übertreibt seine Loyalität so stark, daß sie in dem Rahmen der reaktionären (reactionären) Verfassung keinen Raum findet. Zu verwundern ist nur, daß Sokai nicht in der Landeseonferenz den Antrag stellte, es möge sich eine Deputation zu dem König begeben mit der Bitte, Sr. Majestät geruhe, den Absolutismus herzustellen.

Sokai stellt im „Hon“ Betrachtungen an über das Princip der Minorität. Allerdings ist die Linke gegenwärtig in der Minorität, allein dafür sei sie auch im Rechte. Wie während des Provisoriums ganz Ungarn in der Minorität und doch im Rechte war, so gehe es jetzt der Linken. Das Cabinet Hohenwart hatte ja auch eine Majorität und doch habe der Fürst dieses Cabinet entlassen und sich der deutschen Minorität zugewendet und, ruft Sokai mit unvergleichlicher Naivetät aus, wie glücklich wäre der österreichische Staatsmann, der die czechische Minorität so schnell befriedigen könnte, wie unsere Regierung die Opposition!

Das starre Recht sei freilich für die Rechte, allein dasselbe Recht erloubt auch der Linken, so lange zu sprechen, als es ihr beliebt. Hier aber gälte ein Loth Weisheit mehr, wie ein Centner „Recht“.

Im „Deleju“ verwahrt sich ein gewesener Honvéd dagegen, daß jene Partei, die in Ungarn den Parlamentarismus compromittire, sich auf die glorreichen Märztage berufe. In jenen Tagen habe man für Ungarns Freiheit gekämpft, während die jetzige Linke unbewußt auf Ungarns Untergang hinarbeite.

„Magyar Ujsag“ läßt sich drei Zustimmungsdressen senden. „Viele Pester Bürger“ votiren den „Hütern des Rechts“ den Dank der „Nation“. — Die Stadt Ermitzhaltava läßt durch einen Herrn Váthory erklären, Herr Esanady habe sich durch seine Reden wohlverdient gemacht um's Vaterland. — Schließlich schreibt man Herrn Helfy aus dem Sározer Comitae: „Sie sind Helden in des Wortes einfachster Bedeutung!“

Ueber das, was nach dem Scheitern der jetzt mit den Polen gepflogenen Verhandlungen geschehen wird, weiß der Wiener Berichterstatter der „Mähr. Corr.“ bereits Folgendes zu erzählen:

„Es ist Thatsache, daß die Regierung heute bereits im nichtideocommissarischen Wahlkörper im böhmischen Großgrundbesitze verfügt und auch das Mittel, mit dem man die Polen fesse macht, in Händen hat. Wüßlingen die jetzigen Ausgleichsverhandlungen, die man wenigstens im Auschnusse zu irgend einem Abschlusse gebracht zu sehen wünscht, dann werden die jetzigen Mitglieder der „polnischen Delegation im Reichsrathe“ bei dem Wiederbeginn der Session Zeit und Mühe genug finden, um fern von Wien über die verpöbichte Rolle nachzudenken, die sie jetzt gespielt haben. Mit anderen Vertretern Galiziens wird sich der „Ausgleich“ leichter machen und werden diese zuletzt noch die Regierung zwingen, ihre bereits gemachten Concessionen zurückzunehmen.“

Die jüngsten Vorgänge in Preußen haben die Aufmerksamkeit und die Theilnahme der englischen Publicistik in hohem Grade erregt. „Daily Telegraph“ widmet dem Sieg des Schulaufsichtsgesetzes im Herrenhause einen langen Artikel, in welchem er mit Begeisterung die von Bismarck seit dem Anfang seiner politischen Thätigkeit erlangten Erfolge recapitulirt; in Bezug auf seinen jüngsten Sieg bemerkt das Blatt: „Die große Energie, mit der Bismarck auftrat, bewies, daß er noch stärkere Stützen als das Unterhaus besitze. Die letzten Wochen haben dem König Wilhelm die Pläne der Feinde der deutschen Einheit enthüllt und ihn von der wachsenden Gefahr überzeugt, und der greise Monarch würde gewiß nicht davor zurückschrecken, seine persönlichen Neigungen zu opfern, um die nationale Einheit und den inneren Frieden zu sichern, für welche er schon die Ruhe seines Alters geopfert hat. . . . Die preussische Regierung“, sagt „D. T.“ zum Schluß, „hatte nur einen verwundbaren Punkt in der inneren Politik, ein Hinderniß der vollkommenen Reichseinheit, nämlich die passive Feindschaft der nicht-deutschen und der katholischen Unterthanen. Sobald diese Feindschaft eine active wurde, mußte Bismarck mit seiner Vertheidigung bereit sein. Wir sind nicht ohne Sympathien für die Polen und die Katholiken, aber das sieht fest, das

Schulaufsichtsgesetz gibt nur für die bestehenden Thatsachen den klaren Ausdruck.“

Die „Saturday Review“ verbreitet sich in einem „Rusland und Deutschland“ überschriebenen Artikel über die Gefahren, welche Deutschland durch Rußlands Versuche, die Polen zu versöhnen, drohen. „Rusland“ — sagt das Blatt — „ist die einzige Macht, die, soweit man bis jetzt sehen kann, einige Aussicht haben würde, dem deutschen Reich in Waffen erfolgreich zu opponiren, und Rußland würde mit größerem Vortheile anfangen, wenn Rußisch-Polen nicht herzlich mit ihm gehen, sondern eine gute Aussicht haben würde, Preussisch-Polen zu veranlassen, seinen Schritten zu folgen. Das ist keine unbedeutende oder eingebildete politische Gefahr, und es ist daher nicht erstaunlich, daß Fürst Bismarck seinen äußersten Einfluß anwendet und kühn seine Landleute beizeiten warnt, so daß die Gefahr abgewendet werden möge, ehe sie ernstlichere Dimensionen annimmt, als sie bis jetzt darbietet.“

Der Berliner Correspondent der „Gazzetta d'Italia“ stellt den Abschluß einer Defensiv-Allianz zwischen Deutschland und Italien mit gegenseitiger Territorial-Garantie in nächste Aussicht. Dieses Gerücht war schon vor 14 Tagen aufgetaucht und wurde damals von den Berliner Officialen dementirt. Wir gestehen, daß uns eine derartige Defensiv-Allianz in ihrer practischen Wirksamkeit insolange nicht recht denkbar erscheint, als Oesterreich und die Schweiz daran nicht theilnehmen; denn Deutschland und Italien könnten einander keine Hilfe leisten, ohne die Neutralität Oesterreichs oder der Schweiz zu verlegen. Das ist es, was die Verbreiter von derartigen Nachrichten bedenken können. Es kann sich da nur um die Sicherstellung beider Reiche gegen einen französischen Angriff handeln, und diese erforderte eine combinirte Action, welche ohne Oesterreich und Italien einfach unmöglich wäre. Uebrigens hat es mit einer derartigen französischen Action keine guten Wege.

Aus München meldet man unterm 10. d. M., daß der König von dem ihm zur Verfügung gestellten Theile des Dotationsfonds dem Kriegsminister v. Franck und den Generalen v. d. Tann und v. Hartmann je 100.000 Thaler angewiesen hat.

Der bairische Justizminister Dr. Fausle ist zum Bevollmächtigten Baierns beim Bundesrathe ernannt worden; interimistisch wird ihn Oberrechnungsrath Höst vertreten.

Der Graf von Chamboord kehrt über Köln nach Frohsdorf zurück. Er hat sich wohl überzeugt, daß für ihn gegenwärtig in Frankreich die Trauben noch zu sauer sind. Durch den Antwerpener Scandal hat seine Sache viel von dem Anstand und der Würde eingebüßt, die ihr allein noch nachgerühmt werden konnte.

In Frankreich findet neuerer Zeit mehrfach ein Wechsel der Garnisonen statt. So haben die Truppen der Armee von Versailles Befehl bekommen, am Ende dieses Monats die Garnison zu wechseln. Das ist ein Wechsel, der übrigens alle sechs Monate eintritt. Das vierte Corps, commandirt von General Douay, welches gegenwärtig in den Baracken auf der Ebene von Billeneuve l'Etang liegt, wird die Forts und Casernen von Paris besetzen. Das fünfte Corps, unter Befehl des Generals Clinchant, wird an die Stelle des vierten Corps treten. Die Unsicherheit, welche, wie die „Köln. Ztg.“ bemerkt, in mehreren Departements des Südens herrscht, veranlaßt das Kriegsministerium, sich mit der Bildung eines Corps von mobiler Gendarmarie zu beschäftigen, welches nach den Grundzügen eines kaiserlichen Gezeiges von 1806 eingerichtet werden soll. Man erinnert sich, daß diese mobile Gendarmarie nach den Unfällen von 1815 in den Departements große Dienste leistete. Das dritte Armecorps der Versailler Armee, unter dem Befehle des Generals Du Barrail, wird aufgelöst werden. Die Brigade Mettmann, welche einen Theil dieses Corps bildete, ist kürzlich nach Marseille gesandt worden. Diese Brigade umfaßte mehrere Regimenter der Infanterie, von denen einige aus den Resten der vormaligen kaiserlichen Garde gebildet waren und zwar wesentlich aus den vormaligen Voltigeurs der Garde. Die Cavalleriedivisionen des dritten Armecorps sollen sich in Brigaden trennen und die Regimenter derselben werden in verschiedene Garnisonen in die Provinz

verlegt werden. Am 8. d. M. ist eine Abtheilung von 700 Mann vom 58. Linienregiment aus der Caserne der Militärschule von Paris nach Arles abgerückt.

In dem Conferenzsaale des brittischen Unterhauses haben diejenigen Unterhausmitglieder, welche für das Programm der „Sonderregierung“ sind, eine Versammlung abgehalten und nach einiger Erörterung beschloffen, auf den 9. April ein Meeting zu berufen, um zu berathen, ob es rathsam sei, den Gegenstand noch in dieser Saison vor das Parlament zu bringen.

Am 10. d. M. sollte in London und zwar im Hyde-Park eine Kundgebung gegen die Bill stattfinden, welche öffentliche Meetings in den Parks verbietet. Obgleich der Unvermeidliche, sollte den Vorsitz führen; er that desgleichen bei einer Vorversammlung zur Berathung der Einzelheiten. Bei dem schönen Wetter wird sich vielleicht Mancher verlocken lassen, nach dem Hyde-Park hinauszugehen, um die stereotypen Kanngieser anzuhören. Nur in Einem Punkte sollte die Kundgebung von ihren Vorgängern verschieden sein: Banner und Musikcorps sollten wegleiben.

Rohefort an Victor Hugo.

Der „Rappel“ theilt folgenden Brief mit, welcher vor einigen Tagen Victor Hugo zugegangen ist:

Therurer Meister!

Ich habe Ihnen schon vor einiger Zeit einen Brief geschrieben, der für einen so eingeschlossenen Mann, wie ich, vielleicht etwas frei ausgefallen und Ihnen daher wahrscheinlich gar nicht zugegangen ist. Aus einer Entfernung von 150 Meilen vom Odeon bin ich den Proben des „Ray-Blas“ gefolgt und wir Alle sandten unseren unterseichenen Applaus zu demjenigen, unter welchem das Haus bei der ersten Vorstellung erdröhnte. Der Artikel von Vanville hat uns namentlich und gewiß auch Sie gerührt, denn er rächte Sie mit einem Schläge für alle die „Rübenkönige“ der letzten zwanzig Jahre.

Ich bin mit Affy (vom Kreuzot) und mit Paschal Groussin in der Krankenabtheilung des Forts, bis es entschieden sein wird, von welchen Menschenfressern wir verspeist werden sollen. Aber da „Rappel“ wieder erschienen ist, kurz bevor wir unsererseits zu erscheinen aufhören werden, so wollen Sie gefälligst François Victor bitten, ihn uns zuzusenden. Ich empfinde ihn in der Haft von Versailles und es wird wohl auch keine Schwierigkeiten haben, daß ich ihn hier empfangen.

Wir leben hier in unserer Citadelle noch immer, wie die Pferde in einer Reitschule. Alle Tage gehen wir auf einer Plattform im Kreise herum, ohne andere Zerstreuung, als die zu sehen, wie die Wetterfahne sich von sud-ost nach nord-ost bewegt, wie man hier für Südwest und Nordwest sagt. Nur heute erlebten wir eine fürchtbare Aufregung. Vier Soldaten von der Marine-Infanterie fielen ins Meer und wären wahrscheinlich ertrunken wie ein Mann, wenn nicht auf den ersten Alarmruf zwei Verurtheilte mit Gefahr ihres Lebens ihnen in die tobende See nachgesprungen wären und wenigstens Einen glücklich ans Land gebracht hätten. Merkwürdigerweise waren es gerade die beiden ersten zum Tode Verurtheilten, der Matrose Viel und Genbilet, welche als richtige Verbrecher, wie sie schon einmal sind, sich nicht scheuten, ihr Leben auf das Spiel zu setzen, um die Soldaten zu retten, unter deren Bewachung sie gestellt sind. Alle gutgeleiteten Blätter werden das Gehässige der Aufführung dieser zwei Verurtheilten hoffentlich in das rechte Licht stellen. Ich muß noch nachtragen, daß der Unterlieutenant, welcher jene Soldaten befehligte, ihnen ebenfalls muthig nachsprang. Leider sind von den vier Soldaten zwei dem Elemente verfallen:

Heurtant de leurs fronts morts des écuils inconnus.
(Ihre erstarrten Schädel an fernem Klippen verschleudert.)

Ich bitte Sie, geben Sie mir von allen Freunden Nachricht. Küßen Sie mein Patherkind und seine Schwester, die ich als junges Mädchen wiederzusehen hoffe, wenn ich vielleicht in fünfzehn Jahren von den Pampas zurückkehre und sagen Sie allen Andern, daß sie Sie in meinem Namen umarmen mögen.

Henri Rochefort.

Rede des Finanzministers Kerkápolj

in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 12. d. M. Geheimes Haus!

Ich will nur ganz kurz zur Sache sprechen. Ich werde nicht dem Beispiel jener Redner folgen, welche durch ein paar Tage, als säßen wir hier zu einer Abreßdebatte beisammen, die seit Jahren befolgte Politik der Regierung und der Majorität eine Revue passieren lassen und von Rechtsberaubungen, von Aufgeben der Bedingungen für die staatliche Existenz Ungarns und mehr dergleichen Dingen perorieren.

Ich weiß, daß wir jetzt keine Adresse debattieren, und nehme daher auch dieses allgemeine politische Thema meinerseits nicht auf, sondern begnüge mich, einfach mich dagegen zu verwahren, als würden wir

durch unser Stillschweigen die Wichtigkeit und Statthastigkeit dieser Invectiven auch nur entfernt anerkennen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Ich will nur die Frage so aufstellen, wie sie in Wirklichkeit ist, damit die Antwort, welche ein gefundenes Urtheil darauf geben kann, der in Wirklichkeit obichwebenden Frage entsprechend ausfalle, und nicht so, wie sie ausfallen müßte, wenn die Frage so stünde, wie die Redner vor mir anzunehmen für gut fanden, oder wie sie vielleicht glaubten, daß sie wirklich stünde.

Wir hörten da von den Bestrebungen, die wir nähren, um in der Macht zu bleiben, oder bleiben zu können.

Vor Allem möchte ich wissen, in welcher Macht? Denn wollen Sie sich überzeugt halten, in Ungarn sind Regierung und Macht nicht identisch. (Eine Stimme links: Traurig, wenn das so ist!)

Von Tag zu Tag kommen wir immer mehr dahin, daß von einem sehr bedeutenden Theile Alles aufgegeben wird, um die moralischen Fundamente dieser Macht, deren das Land doch bedarf, und auf denen allein die Macht der Regierung sicher ruht, zu untergraben. (Wahr! rechts; Ruf von der Linken: Durch die Regierung.) Nicht durch uns! sondern — ich finde kaum das richtige Wort dafür — durch jene Behauptungen, um nicht zu sagen Verleumdungen, welche gegen Regierung und Majorität fort und fort so schonungslos erhoben werden, als hätte man vergessen, daß auch die Regierung zum Staatsmechanismus gehört, und daß Autorität und Macht — auf moralischen Grundlagen beruhende Autorität und Macht — unerläßlich für sie sind. (Beifall rechts.) Wie weit hierin schon die Begriffsverwirrung geht, dem hat schon mein Vordrucker in betäubend auffälliger Weise Ausdruck gegeben (Unruhe auf den Bänken links), in einer für uns betäubenden Weise.

Was soll es heißen, wenn ein solches Talent, als das ich meinen unmittelbaren Vordrucker stets anzuerkennen bereit bin, einem der Minister den Vorwurf macht, daß er es nicht der Mühe werth befunden habe, die Beschlüsse des Unterhauses in anderen Hause zu verteidigen, wo doch das Vertrauen dieses Hauses ihn auf dem rothen Fauteuil erhalte? Das heißt doch wohl, für den Minister hat nicht Recht zu sein, was nach seiner eigenen Uebersetzung Recht ist, sondern er hat für die Ansicht jenes Hauses eine Lanze einzulegen, dessen Abstimmlung ihn auf dem Ministerstuhl erhält. (Unruhe auf den Bänken links.)

Ob nun die Meinung dieses Hauses ihn halte und halten könne oder nicht, seine Pflicht und die Pflicht Derjenigen, die unsere Nachfolger sein werden, ist, Stellung zu nehmen nach der eigenen besten Uebersetzung, auch dann, wenn wir dadurch die Unterstützung verlieren sollten, die uns auf unseren Sitzen erhält. Uebersetzung muß uns leiten, nicht aber Rücksicht darauf, was uns in unserer Stellung zu erhalten vermag. (Lebhafter Beifall rechts, Widerspruch links.) Wenn der Herr Abgeordnete über diesen Punkt anderer Meinung ist, nun, dann geschehe ihm nach seinem Glauben.

Wovon ist aber eigentlich die Rede? (Hört hört!) Man beschuldigt uns, daß wir die Wahnovelle deshalb eingebracht haben, weil wir durch sie eine Vermehrung unserer Macht bewirken zu können meinen, und daß wir an ihr festhalten, selbst um den Preis, daß aus alledem, dessen Zustandekommen wir so sehr wünschen, und im Interesse des Landes wünschen, nichts werde. Man sprach daher hier von Eigensinn, von Ueberhebung, und auch davon, der Herr Ministerpräsident habe ein Compromiß vorgeschlagen, in welchem auf der einen Seite die egyptischen Fleischtöpfe standen und auf der anderen ich weiß nicht welches constitutionelle Princip.

G. Haus! Stellen wir die Frage nicht in dieser Fassung auf, denn sie steht in Wahrheit nicht so, vielleicht steht sie gerade umgekehrt. Die g. Abgeordneten von der anderen Seite haben uns in Aussicht gestellt, daß wir jene Fleischtöpfe für die Nation sichern können. Nicht für uns, sondern für die Nation, und das sei unsere Pflicht. Aber um welchen Preis? Davon haben sie nichts gesagt, und doch muß dieses sehr beachtet werden!

Die g. Herren Abgeordneten haben nicht einfach die Parallelsitzungen verlangt, auch haben sie diese nicht früher verlangt, als bis sie den Preis dafür festgesetzt haben, und doch dreht die Sache sich gerade um dies. Wenn sie die Abhaltung von Parallelsitzungen pure et simple und nicht als den Preis für ein gewisses Etwas verlangt hätten, dann wäre man berechtigt so zu sprechen, wie die Herren Abgeordneten es thaten. Allein dem ist nicht so. In Wahrheit steht die Sache so, daß die Wahlvorlage, nachdem sie in aller Ordnung im Allgemeinen discutirt worden, als Grundlage zur Specialdebatte angenommen wurde. Was ist in dieser Thatsache enthalten? Zum Mindesten nach meiner Auffassung das, daß es nunmehr für alle Parteien, für jeden Abgeordneten eine aus dem Abgeordnetenmandate erfließende Pflicht sei, diese Specialdebatte zu entzieren. (Zustimmung rechts.) Ich will

damit nicht gesagt haben, daß Jeder die eine oder die andere Bestimmung der Vorlage gutheißen und für dieselbe stimmen müsse, auch nicht, daß es Pflicht wäre, jede Bestimmung stillschweigend hinzunehmen, vielmehr ist es nicht nur einem Jeden freigestellt, sondern es ist sein Recht und seine Pflicht, dort, wo er Besorgnisse hegt, denselben Ausdruck zu geben, wie zur Geltung zu bringen.

Wenn dies viele Zeit in Anspruch nimmt, so ist es möglich, daß diese Vorlage nicht zum Gesetze wird, da man von Niemandem verlangen kann, seine Besorgnisse zu verschweigen; aber eben darum, weil wir sahen, daß die Besorgnisse zahlreich sind und von Vielen gehegt werden, sagten wir: es solle für die Debatte genug, viel Zeit gewährt werden. Und was hat man auf der anderen Seite erwidert? Es gab eine Zeit, wo wir von dort sagen hörten: Gut! doch verlangen Sie nicht, daß die Dauer der Sitzung unbefristet sei, sondern fixiren wir dieselbe auf 10, 12, ja wenn man will auch auf 20 Stunden, und sie versprochen, hiegegen nicht zu sprechen. Wie ich bemerke, haben die Herren Abgeordneten dieses Anerbieten bereits vergessen. Jetzt sagen sie nicht mehr: Fixiren wir die Dauer der Sitzungen, sondern verlangen zugleich, daß die Tagesordnung entzweiggeschnitten werde. Das ist ein Vicitiren, dessen Ende ich nicht absehen kann.

Eigentlich aber steht die Sache so, daß die Herren Abgeordneten einmal sagten: wenn die Mehrheit bereit ist, den einen Punkt so, den andern so zu modificiren, dann sind sie bereit, in die Specialdebatte einzugehen. — Ist das wahr? (allgemeines Stillschweigen.) Was aber bedeutet dies? Nichts Anderes, als daß die Minorität die ihr mißliebigen Punkte der Vorlage nicht auf dem in der Hausordnung vorgezeichneten Wege zu Falle bringen will, sondern diesen umgeht und sagt, daß sie eine aus ihrem Mandate erfließende Pflicht an Bedingungen knüpfe, an die Bedingung nämlich, daß nicht dasjenige geschehe, was die Majorität will, sondern dasjenige, was der Minorität gut dünkt. (So ist's! rechts.) So ist's. (Rufe links: Nein!) Ich wollte, es wäre nicht so! und ich meinerseits erkläre, daß ich — wenn die Sache nicht so stünde — zu Allem geneigt wäre, allein für gar kein Gut — und hier komme ich auf die mehrbesagten Fleischtöpfe, auf jene im Landesinteresse so sehr zu wünschenden Dinge zurück — ich sage also, für gar kein Gut der Welt bin ich im Stande, das als Preis zu bezahlen, daß nicht dasjenige geschehe, was die Majorität als im Landesinteresse erwünscht und erforderlich erachtet.

Wenn Sie sagen, daß Sie die Verhandlung über die Wahlvorlage nur in dem Falle nicht unmöglich machen, wenn Sie durch vorgängige Uebereinkunft vergewissert werden, daß dieselbe entweder nach der Auffassung der Minorität modificirt, oder mittelst Zweifelscheidung der Tagesordnung bei Seite gelassen wird, so bedeutet dies nichts Anderes, als die Forderung: der Wille der Minorität solle zu entscheidendem Gewichte erhoben werden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Wenn wir wollen, daß das, was die Majorität im Interesse des Landes für nützlich und notwendig hält und wünscht, nicht durchgeführt werde, so benötigen wir hiezu keines Parlamentarismus. (Stürmischer Beifall rechts!) Der Parlamentarismus hat die Aufgabe, daß der durch die vertretende Majorität zum Ausdruck zu bringende Wille der Nation sich geltend mache. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Wer diese These leugnet, wer wünscht, daß der Wille — ich wiederhole — der durch die vertretende Majorität zum Ausdruck zu bringende Wille der Nation sich nicht geltend machen könne, der kämpft gegen den Parlamentarismus. (So ist's! Wahr! rechts.) Das ist ein Angriff gegen den Parlamentarismus von unten! (Zustimmung rechts.) Wenn aber die geehrten Herren Abgeordneten weiter gehen, und leugnen, daß durch diese Majorität der Wille der Majorität der Nation zum Ausdruck komme, dann behaupte ich wieder: daß es bisher keinen anderen Modus gibt, durch welchen man beurtheilen kann, wo sich die Majorität befindet, als diesen Modus. (Zustimmung rechts.) Nicht Starrsinn, wie sich ein Herr Abgeordneter vor mir ausdrückte, sondern die Rücksicht auf die Grundidee und das Grundprincip des Parlamentarismus ist es, was uns verhindert.

So sehr es auch unserer Seele schmerzt, daß wir die im Interesse der einen oder anderen Gegend des Landes nöthigen Verfügungen unterbrechen müssen, so glaube ich, daß es früher oder später das ganze Land und so auch jene Theile einsehen werden, daß die Rücksicht für ein größeres Gut, die Pflicht gegen das Grundprincip, gegen die Grundidee des Parlamentarismus uns nicht gestattet habe, sie diese Güter um einen solchen Preis erlangen zu lassen. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Gerade die gemäßigste Linke ist es, die mit Principien und Ideen am allerwenigsten Spaß treiben darf! (Rufe links: Wir treiben auch keinen Spaß!) Ich sage nicht, daß Sie dies thun wollen. Jener Unterchied, der die gemäßigste Linke von uns trennt, principiatlter

von uns trennt, der ist bloß eine Nuance der Principien, der Ideen, und die gemäßigtere Linke hat diese Nuance der Principien und Ideen — ich will nicht urtheilen, ob mit Recht oder Unrecht, mit oder ohne Grund — für genug wichtig gehalten, daß sie das Gebiet des positiven Wirkens, bisher sozusagen von sich wegstoße und sich davon zurückhalte. Warum? Um die Nuance der Principien. Können wir das thun, können wir vor der Gegenwart und der Zukunft jene Verantwortlichkeit übernehmen, daß wir mit der Minorität verhandeln, daß wir die Geltendmachung des Wissens der Majorität unmöglich machen, nur darum, weil es der Minorität beliebt, diesen Preis dafür zu stellen, daß man die im Interesse des Landes wünschenswerthen Sachen erledigen könne?

So gehen Sie vor, und dann sollen wir glauben, daß wir ein Parlament sind (Langanhaltender Beifall rechts.) Das ist wirklich das Verwirkeln des Rechtes! (Langanhaltender, stürmischer Beifall rechts; Bewegung links.)

Sie sind Sie versichert, g. Herren Abgeordneten, daß ich während der ganzen Dauer meiner öffentlichen Laufbahn niemals weniger Absicht hatte, im Parteinteresse zu sprechen. (Eine Stimme links: Rechtsverwirrung?) Ja wohl, dies wäre vielleicht unbewußt, aber meiner Ueberzeugung nach in der That eine Rechtsverwirrung. Ich wiederhole, ich hatte niemals weniger Absicht, im Parteinteresse zu sprechen, denn ich bin der Ueberzeugung, daß die Idee des Parlamentarismus in diesem Hause keine Parteifrage bildet; daß nicht nur wir, sondern auch Sie an demselben festhalten mit jener Aufrichtigkeit, wie wir, und der Unterschied nur der ist, daß wir hier klar die Bedrohung desselben sehen, klar sehen, daß es sich hier um eine kritische Frage in Bezug auf die Wurzel, die Grundidee des Parlamentarismus handelt. (Zustimmung rechts.)

Und darum, welchen Schmerz auch die Serie jener Scenen, die der Reichstag seit Tagen darbietet, unserer Seele bereiten mag; so sehr wir auch bedauern, daß wir den durch Noth gebrückten Gegenden kein Brod bieten können, glauben wir, daß die Rücksicht für das materielle Gute, und die Pflicht zur Vinderung der vorübergehenden Noth, uns nicht dazu berechtigt, das Größte aufzugeben, zu dessen Wächter wir aufgestellt wurden, — den Parlamentarismus (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Sagen Sie also nicht, und stellen Sie die Frage nicht so auf, daß wir all' dies aus Starrsinn verhindern. Wollen Sie keinen Preis verlangen, den man nicht geben kann. (Eine Stimme links: Auch Sie nicht!) Ich wiederhole, wenn jemand das Wahlgesetz nicht gutheißen kann, beruhige ich mich damit, wenn er dasselbe in seiner Weise bekämpft; aber vor dem Hause erklären, daß wir nicht darum sprechen, um einander zu überzeugen, daß wir nicht darum sprechen, damit wir die objective Erledigung der oberschwebenden Frage ermöglichen, sondern damit wir aus derselben einen jovialen Spaß treiben (Lebhafte Rufe rechts: So ist's!); aus der Hausordnung zu beweisen, daß diese nichts für uns ist, weil sie für solche Leute berechnet war, die sich nicht bestreben, alle Schwächen derselben auszubedenken; sondern sie sei auf die Bereitwilligkeit für die parlamentarischen Verhandlungen, sozusagen auf die Pietät berechnet. — das ist zu weit gegangen. (Lebhafte, lang anhaltende Zustimmung rechts.)

Immer kommt mir der Franzose in den Sinn, der, als das Vorgehen eines Angeklagten nicht mit der Wichtigkeit des Vorgehens, sondern damit gerechtfertigt wurde, daß Alles, was er gethan, mit dem Gesetze vereinbar sei, den Ausspruch that: Daraus folgt, daß dieser Mensch nicht in unsere Mitte gehört; denn er versteht es, unsere Gesetze, die wir zum Besten des Landes geschaffen glauben, zum Schaden des Landes zu benutzen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Es scheint, daß auch die Geschäftsordnung nicht für uns ist, denn als wir dieselbe feststellten, glaubten wir, daß man mit ihr die Verathung sichern und erfolgreich machen könne; jetzt aber ist es bewiesen, daß man dies nicht kann.

Ich wiederhole, etwas ganz anderes ist es, wenn Besorgnisse zum Ausdruck gebracht werden: allein die Verhandlung pflichtgemäß darum doch fort-dauert, so lange dauert, als sie eben dauert, und wieder etwas Anderes ist es, zu sagen: Wenn wir die Parallelsitzungen annehmen, das heißt Vormittags den einen Gesetzentwurf verhandeln, und Nachmittags den anderen, dann schadet die mehrstündige Sitzungsdauer der Gesundheit nicht, dann braucht man die Commission nicht, welche Herr Almásy beantragt hat und die festsetzen soll, wie lange wir ohne Gefährdung unseres Lebens hier sitzen können; wenn wir jedoch immer dieselben Gegenstände verhandeln, so müssen wir die Commission entsenden. (Weiterkeit.) Und ich wiederhole, wenn wir unseren Parteinteressen und Parteifragen einen Dienst zu erweisen glauben, vergessen wir nicht, daß wir sammt und sonders, mit unserem Parteiwesen und Allem, nichts sind, wenn wir

einmal das Parlament vernichtet haben. (Langanhaltendes, lebhaftes Gehen und Applaus von der Rechten.)

Aus dem Reichstage.

Unterhausung.

Wien, 13. März.

Präsident Somssich eröffnete die heutige Sitzung um 10 Uhr Vormittags; als Schriftführer fungirten Mihályi und Jambor; von den Ministern waren anwesend: Lónyay, Tóth, Pauler, Wittó, Tísa und Wenckheim.

Nach Authentification des Protocoles der gestrigen Sitzung meldete der Präsident das Einlangen einer Jurisdictionspetition an; Privatgesuche wurden eingereicht durch die Abgeordneten Cotta, Moriz Wahrmann, Nicolaus Fejér, Josef Madarász, Eugen Madarász und Nicolaus Zankovics.

Das Haus wies sämtliche Gesuche an die Petitionecommission.

Adam Lázár trat auch heute mit einer Interpellation auf, die an den Justizminister gerichtet war. Sie bezog sich auf eine Verordnung des Justizministeriums, die das Vorgehen bei Expropriationen, respective bei Besitzstörungen in Siebenbürgen betrifft. Da Redner glaubt, daß diese Verordnung gesetzwidrig ist und daß sie die Unabhängigkeit des Richterstandes gefährdet, fragt er den Justizminister, ob er von dieser Verordnung Kenntniß hat, ob er diese Verordnung unverweilt zurückziehen oder bis zu einer Verfügung der Legislative unter eigener Verantwortlichkeit aufrecht halten will?

Die Interpellation wird dem Minister schriftlich zugestellt werden.

Friedrich Wächter richtete an den Minister des Innern die folgende Interpellation: „In Anbetracht, daß auf Grund des G. N. 1870: 42 die Jurisdictionen des Landes schon seit längerer Zeit organisiert sind, nur die Hauptstadt und der sogenannte Königsboden noch nicht; in Anbetracht, daß der auf die Organisation der Hauptstadt bezügliche Gesetzentwurf sich schon vor dem Reichstage befindet, mithin nur noch derjenige Gesetzentwurf zurück ist, der im Sinne des G. N. 1848: 42, S. 105 und G. N. 1870: 42, S. 88, hinsichtlich der Regelung des sogenannten Königsbodens zu schaffen wäre; in Anbetracht, daß die zur Schaffung dieses Gesetzes erforderlichen Vorberathungen bereits stattgefunden haben, indem die k. k. Reichsanwaltschaft ihr diesbezügliches Gutachten der Regierung bereits überreicht hat; in Anbetracht, daß die Regelung der Jurisdictionen auf dem Königsboden in Folge des Umstandes eine dringende Nothwendigkeit geworden ist, daß mit 1. Jänner l. J. die Rechtspflege von der Administration, die auf Grund der Organisation der Jurisdictionen auf dem Königsboden dort mit einander eng verbunden waren, getrennt wurde, — halte ich es für meine Pflicht, den geehrten Herrn Minister des Innern zu fragen: wann er den auf die Reorganisation des Königsbodens bezüglichen Gesetzentwurf einzubringen beabsichtigt?“

Minister Tóth erwiderte, er sei hiezu bereit, sobald nur die geringste Wahrscheinlichkeit vorhanden sein werde.

Wächter erklärte, er sei durch diese Antwort befriedigt und wurde dieselbe vom Hause zur Kenntniß genommen.

Graf Julius Szapáry überreichte hierauf als Berichterstatter den Bericht der Centralcommission über den auf die fünfjährige Mandatsdauer bezüglichen Gesetzentwurf.

Birgil Szilágyi legte von Seite der Rechnungs-Revisionscommission den Bericht derselben über die Rechnungen des Hauses vom Juli bis December v. J. vor. — Der Bericht wurde zur Drucklegung genehmigt.

Zur Tagesordnung übergehend, wurde die Debatte über den auf die Sitzungsdauer bezüglichen Antrag des Abg. Németh fortgesetzt.

Paul Szontágh (Ceánád) erblickt im bisherigen Verlauf der parlamentarischen Krise ein Krankheits-symptom des Staatsorganismus. Bei so bewandten Verhältnissen ist es die Pflicht jedes Abgeordneten, nach Heilmitteln zu suchen. Nach der Ansicht des Redners besteht das einzige Mittel in einer Transaction, in einem parlamentarischen Compromiß. Die Majorität ja, das Haus schreite nicht bei allen Gelegenheiten, vor diesem Auskunfts-mittel zurück; transigirte man doch mit dem Oberhause oder besser mit 12 im Museum tagenden und das Oberhaus vertretenden Magnaten in Angelegenheit der Präsidentenstelle des Staatsrechnungshofes und ebenso in Angelegenheit des Contractualistengesetzes; ja, das Haus transigirte nicht nur nach oben, sondern auch nach außen hin, wie das in Angelegenheit der Salinenscheine beobachtete Verfahren beweise. Um so bedauerlicher sei es, daß die Majorität in der jetzt oberschwebenden Frage mit ihren eigenen Brüdern, den zur Minorität gehörenden Abgeordnete,

nicht transigiren will. Daß Transactionen und Compromisse die Würde der Legislative nicht schädigen, gehe aus zahlreichen Beispielen des belgischen Parlaments und anderer Parlamente hervor. Wohl aber schädigt die Halsstarrigkeit die Würde des Parlaments. Die Hartnäckigkeit kann unter eigenthümlichen Verhältnissen, wenn sie Fähigkeit in der Vertheidigung des Rechtes ist, die Masse des Volkes hinreißen, und wenn diese Fähigkeit auch noch eine moralische Basis hat, kann sie epochemachende, historische Resultate herbeiführen; die Alltags-Halsstarrigkeit aber wird nie heilsame Erfolge aufzuweisen haben. Sie ist nichts weiter, als ein Fühl-laffen der Majoritäts-Gewalt, als eine Zustament-nicht-Politik. Redner erinnert daran, daß ein Mitglied des Hauses, und zwar ein außerhalb der Parteien stehendes Mitglied, der Abgeordnete Sabbas Vukovics, bei dem daher von Parteinteressen, von ehrgeizigen Motiven keine Rede sein kann, die Anbahnung eines Compromisses schon in Vorschlag gebracht hat; und darin, daß die zweite Section, obwohl die Mehrzahl ihrer Mitglieder zur Rechten gehört, den Wahlgesetzentwurf doch abgelehnt hat, erblickt der Redner den Beweis dafür, daß die Neigung zu einem Compromiß auch bei der Majorität vorhanden sei. Man möge daher den Compromiß versuchen. Man sagt, die Scenen, deren Schauplatz in den letzten Tagen der Sitzungssaal gewesen, und das Verhalten der Opposition seien wenig erbaulich, seien tadelnswerth gewesen. Redner gibt zu, daß oft wiederkehrende und lange parlamentarische Monologe im Parlamente nicht berechtigt sind, ebenso wie ein aus lauter Monologen zusammengesetztes Drama jedenfalls schlecht ist. Dies schließt aber die Eventualität nicht aus, daß die Minorität zuweilen selbst verpflichtet sei, zu diesem Mittel zu greifen; hat doch einst Brutus, um seinem Vaterlande zu dienen, sich einige Zeit lang selbst verrückt gestellt. Redner bittet und beschwört die Majorität des Hauses, daß sie auf eine Transaction, auf einen Compromiß eingehen möge; thut sie dies, so werde sie sich ein unendliches Verdienst um das Vaterland erwerben, werde sie einen immergrünen Kranz um ihre Schläfe winden. Verharrt sie aber bei ihrem Principe der Unnachgiebigkeit, so dürfte die unsichtbare Hand bald das „mene, mene tekel upharsim“ der Majorität schreiben. Geht die Majorität auf eine Transaction nicht ein, so wird sie nicht ein Verbrechen, sondern etwas noch Schlimmeres, nämlich einen Fehler begehen. — Redner schließt sich keinem der eingebrachten Anträge über die Sitzungsdauer an und erklärt am Schluß seiner objectiven wirkungreichen Rede, indem er seiner Ueberzeugung Ausdruck gibt, daß, wenn die Majorität ihren Willen unachgiebig durchsetzt, der betreffende Beschluß des Hauses den Keim der Fäulniß, des parlamentarischen Todes, des Ruines in sich tragen wird. (Beifall links. — Franz Pulsky begibt sich zum Redner und reicht ihm die Hand; Präsident Somssich ruft den Redner zu sich, um ihn zu beglückwünschen.)

Nun wurde Adam Lázár als nächstvorgemerkter Redner aufgerufen, der Präsident bemerkte aber, daß Redner über diese Angelegenheit schon einmal gesprochen habe, folglich zum Sprechen nicht mehr berechtigt sei. A. Lázár entgegnete, er habe erst über den ersten Theil des Németh'schen Antrages gesprochen, der sich darauf bezogen hatte, daß die Nachsitzung vom 7. d. um 11 Uhr endigen solle; heute wolle er über den zweiten Theil sprechen. Präsident Somssich fragte nun das Haus, ob es diese Interpretation als zulässig betrachte? (Allgemeine Rufe rechts: Nein, nein!)

Alexander Almásy wies darauf hin, daß Albert Németh am Montag seinen Antrag modificirt hat, mithin dürfe Jedermann über diesen Gegenstand sprechen. — Alexander Csánády vindicirt dem Abg. Lázár das Recht, über den zweiten Theil des Németh'schen Antrages zu sprechen, da auch dem Antragsteller gestattet wurde, den zweiten Theil seines Antrages besonders zu motiviren. Wollte man dem Abg. Lázár das Wort entziehen, so wäre dies eine Tyrannei, gegen die er protestiren müßte.

Präsident Somssich erklärte, daß Lázár auch über den zweiten Theil des Németh'schen Antrages gesprochen habe, wie das betreffende Protocoll beweist. — Coloman Székely liest den betreffenden Protocoll-punct vor, aus dem hervorgeht, daß Lázár die Ablehnung des zweiten Theiles des Németh'schen Antrages beantwortet hat. Präsident Somssich erklärt demgemäß, daß Lázár nicht berechtigt sei, nochmals über diesen Gegenstand zu sprechen.

Deákly verlangt erregt, daß dem Abgeordneten Lázár das Wort ertheilt werde, denn auch Németh habe die Erlaubniß erhalten, den zweiten Theil seines Antrages zu motiviren.

Adam Lázár beginnt zu sprechen und wird deshalb vom Präsidenten zum ersten Male, und da er trotzdem fortfährt, sofort auch zum zweiten Male zur Ordnung gerufen. — Lázár sucht noch immer zum Worte zu gelangen, worauf Präsident Somssich

unter Berufung auf den Macellari'schen Fall das Haus befragt, ob es ihn ermächtigt, dem Abgeordneten Lázár das Wort zu entziehen.

Lauter Billigungsrufe rechts; die Majorität erhebt sich zustimmend von ihren Sitzen.

Stefan Majoros überreicht die schriftliche Forderung der äußersten Linken nach namentlicher Abstimmung; im Sinne der Hausordnung wird diesem Verlangen Raum gegeben und zieht der Präsident den Buchstaben E, bei welchem der Namensaufruf beginnen werde, dann aber suspendiert er die Sitzung im Sinne der Geschäftsordnung auf 5 Minuten.

Während dieser Zeit herrscht im Saale eine sehr lebhaft Conversation, Ghyecz begibt sich zur äußersten Linken und spricht mit den Führern derselben.

Als der Präsident die Sitzung wieder eröffnete, zieht Majoros die Abstimmungsforderung zurück; Paczolaty und mehrere Gesinnungsgenossen sind mit dieser Wendung nicht zufrieden; sie versuchen ihrerseits für die schriftliche Forderung nach namentlicher Abstimmung die erforderlichen 20 Unterschriften zu sammeln, doch gelingt ihnen dies bis zur Beschluß-Enunciation des Präsidenten nicht. Dieser Beschluß lautete:

„Dem Abgeordneten Adam Lázár wird das Wort entzogen.“

Präsident Somssich: „Gehen wir weiter.“ — Schriftführer Számbor ruft den Abg. Madarász auf.

Es sprachen nun: Mocsáry, Helfy, Alex. Horváth, Makray, Bajda. Während der Rede Bajda's macht sich im Hause auf allen Seiten eine lebhaft Bewegung bemerkbar — geflügelte Voten gehen von rechts nach links, von links nach rechts — man spricht von einem neuen Compromiß. Noch predigen Rónay und Sipos. Zum Sprechen ist Niemand vorgemerkt, es folgt also die Abstimmung. Der Antrag Rómet's, täglich von 10—2 und von 5—8 zu berathen, wird angenommen und damit ist die Sitzung zu Ende.

Dem aufmerksamen Beobachter wird es nicht entgangen sein, daß im Abgeordnetenhaus heute eine etwas angenehme Temperatur geherrscht. Durch die Reihen der Linken geht es, wie ein Aufdämmern der besseren Ueberzeugung, daß das jetzige Spiel nicht lange mehr fortgesetzt werden könne. Die Linke scheint in der gestrigen Rede Kerkápoly's Anzeichen gefunden zu haben, daß die Regierung dem Compromißgedanken überhaupt nicht mehr so schroff entgegengetreten, wie bisher. Dies ist der Schlüssel zur heutigen Erklärung Helfy's, die äußerste Linke sei bereit, in die Specialdiscussión über das Wahlgesetz einzutreten. Auch Ghyecz's Einfluß macht sich nach und nach bemerkbar. Dem geistigen Führer der Linken ist das unerhörte Treiben der Opposition merklich eine Qual. In der heutigen Sitzung wollte die äußerste Linke wieder eine namentliche Abstimmung geradezu standalöser Art erzwingen; Ghyecz erklärte sich aber entschieden dagegen, ja er ging so weit, einigen Mataboren rund heraus zu sagen, er werde gegen den Antrag stimmen, falls derselbe eingebracht wird. Das sind jedenfalls Zeichen der Einkehr und des wieder erwachenden Selbstbewußtseins. Kurz, ein neuer Compromiß-Versuch schwirrt in den Lüften. Ob er gelingen wird? — Wer kann diese Frage heute beantworten.

In Deputirtenkreisen sprach man heute viel davon, Ghyecz habe erklärt, kein Mandat mehr zu übernehmen, sich überhaupt vom politischen Schauplatz gänzlich zurückzuziehen. Die Nachricht wurde vielfach glossirt und alenthalben dahin ausgelegt, daß die Linke bereits vor ihrer eigenen Gottähnlichkeit zu zittern anfange. Es kann dies übrigens Niemanden überraschen, der die Situation kennt. Heute herrschen im Hause nicht Deák und Lónyay, aber auch nicht Tísa und Ghyecz. Madarász, Esanády, Adam Lázár und Leute ähnlichen Schlages geben den Ton an, und die Musik, die hieraus entsteht, geht bereits den gemäßigten Elementen der Linken gar gewaltig in die Ohren.

Neuestes.

Debreczin, 13. März. Die Deakpartei hat sich heute constituirt und an Franz Deák ihre patriotischen Grüße telegrafirt.

Neusatz, 13. März. Der „Bácskaer Vote“ bespricht die Situation in Serbien und behauptet, daß daselbst eine demonstrative ungarfeindliche Politik getrieben werde. Die Allianz mit der „Bastawa“ des Dr. Miketics habe zu jener Zeit begonnen, als der Regent Miketics auf eigene Faust eine geheime Correspondenz mit St. Petersburg unterhielt. Das genannte Blatt ermahnt die Staatsmänner Ungarns, auf ihrer Hut zu sein, da Serbien heute ein Tummelplatz geworden sei, auf welchem zum Nachtheile des jungen Fürsten und auch Ungarns ein ganzes Heer von Agenten durch russische Kibel unterhalten werde, welches die Aufgabe habe, die Währung in Croatien, der Mi-

litärgrenze und unter den ungarischen Serben zu erhalten. Die Belgrader Regierungsblätter stehen gleichfalls im Solde Rußlands.

Wien, 13. März. Andrásfy erklärte im Privatgespräche die Nachricht der „Presse“ von seiner Absicht, nach Pest zurückzukehren, für unwahr. Thatsache ist es, daß der Kaiser einen Augenblick an Ersetzung Lónyay's durch Andrásfy dachte, aber den Gedanken fallen ließ, weil kein geeigneter Nachfolger im auswärtigen Amte zu finden. Die Schlussabgabe des heutigen Artikels der „Neuen Freien Presse“, welche den Schluß der Debatte über die en bloc-Annahme des Wahlgesetzes vorschlagen, sollen nach Hauptangaben Eingeweihter die Ansicht Andrásfy's ausdrücken.

Wien, 13. März. Der Legalisationsauschuß nahm mit 4 gegen 3 Stimmen mit Zustimmung der Regierung über Anolls Antrag betr. Aufhebung des Legalisationszwanges die Tagesordnung an, jedoch unter Aufforderung der Regierung, über die Erfolge des Legalisationszwanges Erhebungen zu pflegen.

Wien, 13. März. In der heutigen Sitzung des Reichsrathes legte die Regierung einen Gesetzentwurf vor betr. Aenderung des Landwehrgesetzes im Sinne einer zweifelhafteigen Cadreaufstellung. — Der Finanzminister legte einen Gesetzentwurf vor betr. Bewilligung eines Votloanlehens für die Stadt Salzburg und einen Gesetzentwurf wegen weiterer Ausprägung von Silberseidemünzen per 715,000 fl., sodann begann die Debatte über den Vertheilungsmodus der Theuerungszuschläge von 5 Millionen für Beamte und Diener. Nach der Annahme von Czerkawski's Antrag sind auch die Supplementen der Mittelschulen in den Theuerungsbeitrag einzubeziehen und wurde nach Ablehnung aller sonstigen Anträge der Vertheilungsmodus unverändert nach den Anträgen des Ausschusses angenommen.

Wien, 13. März. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Pisa: Gestern schloß die Universitätsjugend die Hörsäle, die durch eine Sicherheitswache wieder geöffnet wurden; die Hörsäle stehen leer, das Theater wurde geschlossen. — Nathan ist hier eingetroffen; es herrscht vollkommene Ruhe. — Die Ueberführung der Leiche Mazzini's erfolgt über Spezzia nach Genua, woselbst deren Beisetzung stattfindet.

Wien, 13. März. Der „N. Fr. Pr.“ wird aus Prag telegrafirt: Es verlautet auf's Bestimmteste, daß die hier stattfindende Versammlung der Bischöfe nicht als ein feindseliger Act gegen die Regierung entstanden ist, sondern sei vielmehr auf Anregung der Regierung entstanden, welche die Abhaltung einer Conferenz empfahl, um die Ansichten der Bischöfe behufs Erreichung eines Compromißes in der Congruenzfrage zu hören. Die „Bohemia“ berichtet über die Conferenz, daß der Cardinal-Erzbischof den Vorsitz führen wird und daß der Fürst-Erzbischof von Olmütz, Canonicus Heidenreich, die Bischöfe von Brünn und Budweis, Canonicus Rzehak und der Dombischof Reichs an der Conferenz theilnehmen werden. Die Conferenz dürfte einige Tage dauern, zur Berathung kommen zwei Punkte, erstens: Ob die Lage der Capläre vorerst provisorisch durch das Episcopat allein gebessert werden kann, zweitens: welche Schritte anzubahnen wären, um im Einverständnisse mit der Regierung eine definitive Verbesserung der Lage des niederen Clerus zu erzielen.

Berlin, 13. März. Die Dotation wird folgendermaßen vertheilt: Friedrich Carl, Moltke, Roon und Manteuffel je 300,000 Thlr.; Goben, Werder und Delbrück je 200,000, Voigt-Rheg, Fransecky, Alvensleben und Blumenthal je 150,000; 13 Generale je 100,000 Thaler und dem König von Baiern werden 300,000 Thaler zur Vertheilung nach eigenem Ermessen überwiesen.

Versailles, 13. März. Der neuernannte französische Gesandte am italienischen Hofe, Fournier, reist diese Woche nach Rom ab.

Paris, 13. März. Das „Journal des Debats“ erkennt den bedeutenden Sieg Bismarck's in der Schulaufsichts-Frage und erklärt es für Unrecht, wenn man der preussischen Regierung verwehren wolle, gegen äußere und innere Feinde gleich sehr auf der Hut zu sein. Bedauern müsse man nur, daß er, gleich Rouher, welcher ähnliche Mittel angewendet habe, eine Conspiration sich bestellte, die in Paris und Rom einmüthig gegen Deutschland geplant werden sollte. Wir in Frankreich, fährt das „Journal des Debats“ fort, haben keine anderen Sorgen, als den inneren Frieden und die Erlösung von der Occupation.

Paris, 13. März. Die Meldung der „Times“, daß wegen Bezahlung der rückständigen 3 Milliarden Kriegsschuldigung zwischen Deutschland und Frankreich Unterhandlungen gepflogen werden, ist unbegründet, indem gegenwärtig zwischen Deutschland und Frankreich keinerlei finanzielle Verhandlungen gepflogen werden.

General-Versammlung des städtischen Repräsentantenkörpers.

Urad, 13. März.

Vorsitzender: Bürgermeister Herr Vöröss Pál, begrüßt die zahlreiche Versammlung bei dieser Gelegenheit zum erstenmale seit der Neuwahl des städtischen Magistrats und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es ihm in seiner schwierigen Stellung ebenso wie den übrigen aus dem allgemeinen Vertrauen hervorgegangenen Bränten durch redliches Streben gelingen werde, dieses Vertrauen ohne Parteiunterschied zu rechtfertigen. Er bemerkt ferner, daß der Hausordnung entsprechend die General-Versammlung bereits am ersten Mittwoch dieses Monats hätte stattfinden sollen, doch konnte dies aus dem Grunde nicht geschehen, da die Uebernahme der Kauter sowie der Cassa erst gestern beendet wurde.

Vor Uebergang zur Tagesordnung legt nun Vorsitzender eine Quittung des Herrn Posner in Pest über den Betrag von 150 fl. vor, welcher demselben für die Anfertigung des dem l. Commissär Herrn Grafen Gedeon Rádah aus Anlaß seiner Erwählung zum Ehrenbürger der Stadt Urad überreichten Diploms ausgezahlt wurde. — Ebenso hält er es für seine Pflicht, mündlich Bericht zu erstatten über die Sanitätsverhältnisse der Stadt in der jüngsten Zeit. Dieselben haben sich gegen früher zwar wesentlich gebessert, da die Zahl der Geburten im letzten Monat die der Todesfälle um 6 überstieg, doch bleibe in dieser Beziehung noch vieles zu wünschen übrig. Er bemerkt ferner, daß Vorkehrungen getroffen werden müssen, um der Salinität abzuwehren, die in der Vorstadt Gája durch den übermäßigen Zufluß von Wasser insbesondere aus der Spiritusfabrik der Herren Brüder, Remenanin eingetreten, da hiedurch nicht nur den Betreffenden große Nachtheile zugefügt, sondern auch der Gesundheitszustand der Bewohner dieses Stadttheils gefährdet werde. Er beantragt daher die Entsendung einer Commission an Ort und Stelle, um sich über die Lage der Dinge zu informiren und demgemäß die nöthigen Verfügungen zu treffen. Dem Antrag wird entsprochen und eine Commission bestehend unter dem Präsidium des Oberstadthauptmanns Herrn Urbányi János aus den Herren Honorär-Ingenieuren, dem Oberfiscal, dann aus den Herren: Dr. Aradi István, Pollak Ignác, B. Bánhidly Béla, Dr. Robitsch Adr., Dániel Lázár, Dr. Schuster Miklós, Dr. Darányi János, Tótkényi Miklós, Farkas Menyhért, Wágács Mihály gewählt.

Die Commission wird, sobald es die Witterungs- und Communicationsverhältnisse erlauben, ihrer Aufgabe nachkommen.

Dániel Lázár stellt nun den Antrag, betreffs Ableitung des Wassers, insbesondere in den Vorstädten, irgend welche Verfügungen, u. zw. mit möglichster Beschleunigung zu treffen, da die Zustände daselbst über alle Beschreibung schauerhaft sind, so daß bereits die Häuser unzugänglich geworden und die Bewohner von der übrigen Welt nahezu abgesperrt sind.

Rómeti Károly schließt sich dem Vorredner an und schildert in den grellsten Farben den jammervollen Zustand der Vorstadtsstraßen, dem unter allen Umständen abgeholfen werden müsse. Er beantragt, in dieser Beziehung eine Commission Sachverständiger mit der Aufgabe zu betrauen, daß sie einen Plan anfertigen, auf Grund dessen es möglich sei, die Arbeiten in Angriff zu nehmen und radicale Abhilfe zu schaffen.

Waldfisch Pál ist gegen die sofortige Verhandlung dieser im Ganzen sehr wichtigen Angelegenheit, da hiedurch nichts Vollkommenes erreicht werden kann. Seiner Ansicht nach sollten, wenn die Hausordnung bereits fertig wäre, im Sinne derselben derartige Anträge einige Tage früher schriftlich eingereicht und auf die Tagesordnung gesetzt werden.

B. Bánhidly Béla bemerkt, daß die von Seite des Herrn Obergepans zur Anfertigung der Hausordnung entsendete Commission ihre Arbeit bereits längst vollendet habe und könnte dieselbe sofort in Verhandlung genommen werden.

Vorsitzender ist der Ansicht, die Angelegenheit betreffs Regelung der Vorstadtsstraßen der Communicationscommission zur eingehenden Berichterstattung auszufolgen; die Hausordnung aber in der nächsten Generalversammlung in Verhandlung zu ziehen. Wird angenommen.

Zur Tagesordnung übergehend, kommt vorerst der Bericht des Bürgermeisters betreffs Uebergabe und Uebernahme der Kauter, sowie dessen Bericht bezüglich Uebergabe der Jurisdiccions- und Strafgerichtsacten dann der corpora delicti zur Verlesung, die zur Kenntniß genommen werden. Bloß bezüglich der letzteren Gegenstände wurde beschloffen, dieselben öffentlich anzuzeigen und im Falle sich deren Eigenthümer nicht melden, selbe zu Gunsten des Armenfondes zu veräußern.

bezüglich der Restaurierung desselben mit einem Fachmann Rücksprache zu nehmen und dann den Kostenüberschlag seiner Regierung vorzulegen.

Der von dem Einbruch zurückgebliebene Wasseranlauf ist nicht stärker, als ihn eine Maschine dauernd zu bewältigen vermag; der Betrieb ist im regelmäßigen, ungestörten Gange.

Ein D. pfer Wismarck. Am Donnerstag farb in Berlin plötzlich am Schlag der wirkliche Geheim Ober-Regierungsrath Ulrich, Mitglied der ehemaligen katholischen Abtheilung im Cultusministerium, ein sonatlicher Ultramontaner.

Der Berliner Wahrsager. Die für Wundertränke üblichen Declamationen werden jetzt auch von den Berliner Wahrsagern angewendet.

Volkswirtschafts- und Handels-Zeitung.

B & K. Wrad, 14. März. Getreide. Obwohl das Regenwetter bereits nachgelassen, werden unsere Straßen nunmehr wieder auf längere Zeit hin sehr schlecht fahrbar sein.

Wrad, 14. März. Spiritus unverändert im Preise. Pest, 13. März. Getreidegeschäft. Für Weizen bleibt die Stimmung flau.

300 Ctr. 86 1/2 pfd. A n. 7.27 1/2, 600 Ctr. 85 1/2 pfd. A n. 7.18, 800 Ctr. 85 pfd. A n. 7.10, 2000 Ctr. 84 pfd. A n. 7.1400 Ctr. 83 1/2 pfd. A n. 6.82 1/2, 500 Ctr. 83 pfd. A n. 6.75.

Woggen matt. Bezogen wurden: 2000 Megen 78180 pfd. A 3 fl. 54 kr., 1500 Megen 77180 pfd. A fl. 3.40, Weides per Cassa.

In Gernste wenig Geschäft. Man verkaufte: 1000 Megen Malzwaare per 72 Pfd. A fl. 2.80, 600 Mge. Futterwaare per 72 Pfd. A fl. 2.50.

Safer per Frühjahr 1 fl. 86 kr. G., 1 fl. 88 kr. W. Mais in effectiver Waare geschäftlos; von walachischem wurden 5000 Ctr. verzollt A fl. 3.80 per Mai-Juni geschlossen.

Wiener Börse vom 13. März. Auch heute war der Grundten der Börse ein matter, ohne daß sich dafür ein bestimmter Grund angeben ließe.

Besser gehalten waren nur die Actien der Oesterreichischen Allgemeinen Bank, die 239.75 nach 236.25 notirten, sowie die Actien der Austro-Egyptischen Bank.

Lombarden notirten 207.70 nach 208.80, Actien der Carl-Ludwigbahn 259.50.

Die Actien der Allgemeinen Oesterreichischen Baugesellschaft kamen zu 125.70 nach 126.20, Fawerein zu 50.50 und 49.75 vor.

Um halb 12 Uhr blieben: Creditactien 343.10, Anglo-Bank-Actien 356.75, Unionbank-Actien 334, Lombarden 208, Zwanzig-Francsstücke 8.81 1/2.

Zu Beginn des Mittagverkehrs gelangten seitens der Unionbank die Actien der Austro-Türkischen Bank zur Einföhrung. Der Erfolg, den die Unionbank mit diesem Effecte errang, ist ein sehr bedeutender.

Die Actien der Oesterreichischen Allgemeinen Bank erreichten 240, wie denn überhaupt die Tendenz eine gebesserte war.

Zur Erklärungszeit waren: Creditactien 343.80, Anglo-Bank-Actien 356.75, Unionbank-Actien 335, Lombarden 208.50.

(Schluß der Börse.) Um 1 Uhr 30 Minuten: Creditactien 341.50, Anglo-Bank 351.75, Unionbank 331.50, Lombarden 207.20, Galizier 259, Zwanzig-Francsstücke 8.80, Wechselbank 341, Börsen- und Creditbank 112.25, Austro-Ottoman-Creditbank 142.

Die Wra der Handels- und Gewerbe-Bank verzinst Einlagegelder gegen Cassenscheine oder Einlagebriefe mit

5% zu 30 Tagen Kündigung, 6% zu 90 Tagen, 6 1/2% zu 180 Tagen.

ertheilt Baarvorstüsse auf Werthpapiere und Landesproducte, escomptirt täglich Platz- und fremde Wechsel und besorgt alle in's Bankfach einschlägigen Aufträge auf die coulanteste Weise.

Hypothekdarlehen an Besitzer unbeweglicher Güter gegen Rückzahlung mittelst Annuitäten in 15 bis 42 Jahren, zahlbar in effectivem Silber oder Banknoten, werden billigst erwirkt, und den Partien über die Modalitäten bereitwillig Auskunft ertheilt.

(29) Die Direction.

(Eingekendet.)

Allen Kranken Kraft und Genesung ohne Medicin und ohne Kosten Revelesciere an Barry von London.

Allen Leidenden Gesundheit durch die delicate Revelesciere du Barry, welche ohne Anwendung von Medicin und ohne Kosten die nachfolgenden Krankheiten beseitigt: Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimhaut-, Athem-, Blasen- und Nierenleiden, Tuberculose, Schwindsucht, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhöen, Schlaflosigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wasserhusten, Fieber, Schwindel, Blutauffreigen, Ohrenbräuen, Leibelkeit und Erbrechen selbst während der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Anämie, Rheumatismus, Gicht, Rheumatische Affectionen, Auszug aus 72.000 Certificaten über Genesungen, die aller Medicin widerstanden: Certificat Nr. 48.421.

Seit mehreren Jahren schon war meine Veranozung flau, ich hatte mit Magenleiden und Verschleimung zu kämpfen. Von diesen Uebeln bin ich nun seit dem vierzehntägigen Genuß der Revelesciere befreit.

S. L. Sterner, Lehrer an der Volksschule, Gosen in Steiermark, Post Wierfeld, 19. November 1870. Hochgeehrtester Herr! Mit Vergnügen und pflichtgemäß befüge ich die günstige Wirkung der Revelesciere, wie sie von vielen Seiten bekannt gemacht worden ist.

In Wien, Wallfischgasse Nr. 8. ARAD bei F. TONES & Comp. Pest, bei Kersch, Ung.-Athenburg, bei Sillay Antal 186-Kubitz, bei Krotter & Schlegler, Debreczin, bei Papp György, Földvár, bei Paul Rabber, Nagy-Kanizsa, bei Carl Kovat, Klausenburg, bei S. Binder, Koschau, bei Carl Wentracschek, Neuhäusel, bei Ignez Collegner, Debenburg, bei Johann Greiner, Preßburg, bei Felix Wigtor, Stuhlweigenburg, bei Georg Diebala, Perjes, bei Moriz Fischer, sowie in allen Städten bei guten Apothekern und Specereihändlern; auch versendet das Wiener Haus nach allen Gegenden gegen Postanweisung oder Raamanz.

Redaction, Druck und Verlag von S. Goldscheider, Hauptgasse Nr. 2, im A. J. Steingzer'schen Hause.

Table with multiple columns containing market data for various commodities, currencies, and bonds. Includes sections for 'Notirungen der Pest Börse', 'Schluss-Course der Wiener Börse', 'Devisen', and 'Telegraphirter Cours der Staatspapiere in Wien'.

